V-51 Unsere Heimat – sozial, gerecht, grün

Gremium:	KV Warendorf KMV
Beschlussdatum:	01.10.2024
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Unser Land durch die Krisen wie den russischen Angriffskrieg, den demographischen Wandel, die Klimakatastrophe und den Artenkollaps, zu führen, erfordert enorme zivilgesellschaftliche, politische und volkswirtschaftliche Kraft. Das zeigt sich in der Stagnation der Wirtschaft, in anwachsender sozialer Ungerechtigkeit, in der Zunahme von Zukunftsangst und in der Bedrohung durch den Faschismus.

Die Herausforderungen sind vielfältig wie nie, was die Situation der öffentlichen Haushalte verschärft. Ob im Bund, in den Ländern oder in den Kommunen: Die Kassen sind angespannt, gleichzeitig ist der Investitionsbedarf hoch wie nie.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene arbeiten wir Grüne konstruktiv und verantwortungsvoll daran, unsere Heimat durch diese Krise zu führen. Beim Lösen von Investitionsbremsen, durch Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, dem Abbau bürokratischer Lasten achten wir auf die ausreichende Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzbelangen und Arbeitnehmer*inneninteressen sowie darauf, dass die Beteiligung von Bürger:innen nicht gravierend eingeschränkt wird, um Transparenz und Akzeptanz zu gewährleisten. Beim beschleunigten Aufbau einer klimaneutralen, günstigen und widerstandsfähigen Energieversorgung sehen wir bereits Erfolge, da gerade im Strombereich die Energiewende greift und Stromkosten sowie Treibhausgasemissionen stetig sinken.

Was bisher erreicht wurde, ist nichts mehr als ein Anfang. Nun kommt es auf uns Grüne an, jetzt die angehäuften Probleme der Vergangenheit zu lösen und die Problemlösung nicht weiter den nachfolgenden Generationen aufzubürden. Dazu sind insbesondere die Bundesregierung und die demokratischen Fraktionen im Bundestag gefordert, ihren Anteil zu leisten.

Der Investitionsbedarf der Republik in die klimaneutrale Transformation wird auf rund fünf Billionen Euro geschätzt, was jährlichen Zusatzinvestitionen von etwa 191 Milliarden Euro entspricht. Die USA zeigen, mit dem Inflation Reduction Act, dass dadurch ein enormer Aufschwung möglich ist, von dem die Breite der Gesellschaft profitiert. Wir sollten diese Chance weder liegen lassen noch den Anschluss daran verpassen. Dies bedeutet aber auch, unseren Sozialstaat nicht zu schröpfen, sondern zu stärken. Die Sicherung der sozialen Infrastruktur ist entscheidend, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und nachhaltige Stabilität zu sichern. Wir müssen investieren; staatlich und privat. Allein mit Einsparungen in den laufenden Haushalten sind diese Summen nicht zu realisieren.

Gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren kaum gestiegenen Reallöhne der breiten Mehrheit mit unteren und mittleren Einkommen ist uns klar: Ohne eine starke soziale Flankierung werden wir keine Akzeptanz für die notwendigen

Maßnahmen einer entschlossenen Krisenbewältigung erreichen. Im Gegenteil, eine radikale Sparpolitik schädigt das Vertrauen in die Demokratie und befördert den Faschismus. Mit Investitionen in die Daseinsvorsorge halten Demokrat*innen dagegen. Für uns ist daher klar: Ein sozialpolitischer Kahlschlag kann nicht die Antwort auf die aktuellen Krisen sein.

Dazu kommt, dass die Krisenbewältigung eine ganze Reihe neuer Ausgabenotwendigkeiten mit sich bringt. Deutschland muss sich darauf einstellen, seine Sicherheitsausgaben weiter zu steigern, um der wachsenden Bedrohung unserer Sicherheits- und Friedensordnung wirksam entgegentreten zu können. Diese Realität haben wir uns weder gewünscht noch ausgesucht.

Unter dieser neuen Realität bremst die Einhaltung der aktuell im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse unser Land und seine Zukunftsfähigkeit. Notwendige Investitionen in Infrastruktur, Transformationsprojekte und gesellschaftlichen Zusammenhalt können nicht mehr im notwendigen Umfang finanziert werden. So ist absehbar, dass unsere aktuellen Ausgaben noch nicht ausreichen werden, um unsere internationalen Vereinbarungen beispielsweise im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, des Montreal-Abkommens für Biodiversität zu erreichen. Das werden die Menschen in unserem Land spüren. So wie wir heute die versäumten Investitionen der vergangenen 20 Jahre bemerken, werden wir in 20 Jahren mit den versäumten Investitionen von heute umgehen müssen. Der Unterschied ist, dass die notwendigen Investitionen, die heute getätigt werden müssen, nicht nur die öffentliche Infrastruktur betreffen, sondern gleichzeitig in den Unternehmen erfolgen müssen, um soziale Sicherheit und nachhaltige Lebensqualität erhalten zu können.

Unser Staat hat grundsätzlich die Fähigkeit, finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, die weit über das hinausgeht, was privatwirtschaftliche Unternehmen oder der freie Markt leisten können. Es ist daher unerlässlich, dass er seine Handlungsfähigkeit aktiv unter Beweis stellt. Diese Handlungsfähigkeit muss gesichert sein. Nur so kann der Staat seiner Rolle gerecht werden und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Infrastruktur zu fördern.

Wir Grünen setzen daher auf einen Infrastrukturstaat, der die allgemeinen Lebensgrundlagen für alle Menschen sicherstellt.

Es wäre ein großer Fehler, diese Mehrausgaben dadurch zu finanzieren, die Axt an die soziale Infrastruktur anzulegen, wie es jetzt einige fordern. Äußere Sicherheit auf Kosten innerer oder sozialer Sicherheit zu erreichen, verbreitert gesellschaftliche Gräben und wäre damit auch ein Konjunkturprogramm für Demokratiefeinde. Genauso falsch wäre es, Deutschlands internationales Engagement im humanitären, entwicklungs-, umwelt- oder klimapolitischen Bereich abzuwickeln. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen von Klimakatastrophe und Artenkollaps - die Welt ist heute eine andere als noch vor 20 Jahren. Dieser veränderten Welt kann man nicht mit einer überholten Haushalts- und Finanzpolitik begegnen. Und doch wollen einige weiterhin „Normalität“ simulieren, statt die neuen Realitäten auch fiskalisch abzubilden. Die Schuldenbremse im Grundgesetz und in einigen Landesverfassungen sind weder Naturgesetz noch göttliche Fügung. Sie waren vor 15 Jahren das Ergebnis einer Mehrheitsbildung als Folge der Finanzkrise. Sie können angepasst werden – mit neuen Mehrheiten für neue Zeiten.

Die Notwendigkeit für eine fiskalpolitische Zeitenwende erkennen nicht nur wir. In den vergangenen Monaten und im Lichte der wirtschaftlichen Lage fordern immer mehr Expert*innen eine grundlegende Reform der Schulenbremse. Konservative und arbeitgebernahe Ökonom*innen, viele Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften, der Sachverständigenrat (die „Wirtschaftsweisen“) und nicht zuletzt Ministerpräsidenten der CDU - sie alle sprechen sich dafür aus, Kredite über die bislang starren Grenzen hinaus zu ermöglichen. Renommierte Volkswirtschaftler*innen schlagen eine Vermögenssteuer vor und sogar der Bund der Steuerzahler spricht sich für einen höheren Spitzensteuersatz für Einkommensmillionär*innen aus. Große Sozial- und Umweltverbände stützen unsere Forderung nach Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages mit der Einführung eines Klimageldes in dieser Legislaturperiode.

Eine Anpassung der Schuldenbremse allein wird jedoch nicht ausreichen, um den enormen Finanzierungsbedarf zu decken. Finanzkriminalität - insbesondere von Banken - muss konsequenter ermittelt, vor Gericht gebracht und aufgearbeitet werden. Durch Steuerhinterziehung verliert Deutschland schätzungsweise 100 Milliarden Euro pro Jahr. Viele dieser Fälle werden jedoch nicht aufgeklärt und der Schaden nicht zurückgezahlt. Deshalb wollen wir die Strafverfolgung in diesem Bereich deutlich ausbauen und die Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften stärken. Klima- und umweltschädliches Verhalten sollte der Staat nicht fördern. Daher setzen wir uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein. Auch Umweltlenkungsabgaben wären dazu geeignet, die Transformation zu gestalten und die Gesellschaft daran gerecht zu beteiligen.

Darüber hinaus wollen wir die Erbschaftssteuer reformieren und Schlupflöcher für Superreiche schließen. Außerdem wollen wir die Einführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer in den nächsten zwei Jahren umsetzen. Wir wollen den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer durch zwei zusätzliche Stufen erhöhen und gleichzeitig erhöhen wir den Grundfreibetrag, der um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

Wir wollen den Menschen und den Unternehmen ihre Zuversicht wiedergeben. Deshalb wollen wir öffentliche und private Investitionen fördern und den öffentlichen Haushalten, insbesondere den Kommunen, wieder mehr Möglichkeiten geben, die notwendige klimaneutrale und digitale Modernisierung aktiv zu unterstützen.

Als Grüne haben wir dazu in den letzten Jahren auf allen Ebenen konstruktive Vorschläge gemacht, an unsere Koalitionspartner*innen und demokratischen Mitbewerber*innen appelliert, sich der Wirklichkeit zu stellen und zum Wohle unseres Landes gemeinsam einen Weg aus der verhärteten Debatte zu finden. Dieses Angebot ist bisher nicht ausreichend angenommen worden, um unsere Heimat aus den aktuellen Krisen hinauszuführen. Trotzdem stehen wir Grünen weiterhin zu unserem Angebot, ein neues Kapitel aufzuschlagen,um die Probleme unsere Zeit nicht auf den Rücken vulnerabler Gruppen zu lösen, sondern eine nachhaltige, solidarische und gerechte Lösung für alle in diesem Land zu finden.

So hat die Grüne Bundestagsfraktion den „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ als Vorschlag entwickelt. Mit diesem Fonds sollen umfangreiche öffentliche Investitionen zweckgebunden in die Modernisierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie in Zukunftstechnologien ermöglicht und private Investitionen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Der Fonds soll wichtige Infrastrukturprojekte wie den Ausbau und die Elektrifizierung des

Schienennetzes, die Verbesserung der Radinfrastruktur und den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur fördern. Zudem stellt er Mittel für Kommunen bereit, um dringend notwendige Investitionen in Schulbauten, Krankenhäuser, den öffentlichen Nahverkehr, bezahlbaren Wohnraum und Freizeiteinrichtungen zu ermöglichen.

Mit dem Deutschland-Investitionsfonds soll auch Ländern und Kommunen die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Zukunftsinvestitionen verstärkt über Kredite zu finanzieren. Dazu könnte im Grundgesetz nicht nur der Verschuldungsspielraum für den Bund, sondern auch für die Länder angepasst werden, die nach derzeitiger Rechtslage keinerlei Schulden machen dürfen.

Den Vorschlägen gemein ist, dass sie eine klare nachhaltige, gerechte, soziale und wirtschaftliche Zukunftsorientierung haben und damit ein Angebot an die Breite der demokratischen politischen Landschaft formulieren, indem sie

- notwendige Investitionen erleichtern - öffentliche und private,
- den staatlichen Haushalten, gerade auch den kommunalen, Handlungsspielräume öffnen
- transparent machen, was offensichtlich ist und Schluss machen mit dem Streit um vermeintliche oder reale Buchungstricks,
- notwendige Ausgaben für Wirtschaft und deren Infrastruktur nicht ausspielen gegen jene in die soziale Infrastruktur und damit den sozialen Frieden im Land wahren,
- soziale Gerechtigkeit als wesentliche Aufgabe bei der Bewältigung der Transformationsherausforderungen in den Blick nehmen und
- Deutschland international anschlussfähig aufstellen und den Wirtschaftsstandort im harten Wettbewerb um die Zukunftstechnologien und -Industrien stärken.